

Biebricher Tagespost

Biebricher Zeitung.

Biebricher Neuere Nachrichten.

Biebricher Tagblatt.

Biebricher Lokal-Anzeiger.

Erstausgabe 1811, außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: durch die Postanstalt frei ins Haus gebracht 1 Mk. monatlich. Bezugsstellen für 6 Nummern gratis, 20 A. Wegen Postweg nehmen bei jedem Postamt.

Amtliches Organ der Stadt Biebrich

Anzeigenpreis: Die einsp. Colonnenzeile 25 A. Bei Wiederholungen Rabatt. Plag. u. Lagerverrichtungen ohne Verhinderung. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Guido Seidler, für die Redaktion Paul Jorjick, in Biebrich.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmannsche Buchdruckerei.

Gernsperger 41. — Redaktion und Expedition: Biebrich, Rathausstraße 16.

Nr 290

Donnerstag, den 12. Dezember 1918.

Postfachamt
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

57. Jahrgang.

Tages-Rundschau.

Ab Berlin, 10. Dezember. Der Völkerrat trat heute zu einer Sitzung zusammen. Es wurde u. a. beabsichtigt, im Einvernehmen mit dem Rat der Volksbeauftragten für die sofortige Befreiung der Inhaftierten zu sorgen. Ferner wurde beschlossen, einen Arbeitervertreter des Unterelbischen Gebiets als Mitmitemitglied in den Völkerrat aufzunehmen. Des weiteren wurde der Beschluss gefasst, den Vertretern der russischen Sowjet-Regierung, die an der Zentralverwaltung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands teilnehmen wollten, die Einreise zu untersagen.

Personalamt im Kriegsministerium. Das am 24. Oktober 1918 dem Kriegsminister unterstellte Personalamt führt von jetzt an die Bezeichnung: Personalamt (abgekürzt: P.A.) im Kriegsministerium. Alle Angelegenheiten der Armee, deren Bearbeitung bisher dem Militärkabinett zugehörte, gehören weiter zum Geschäftsbereich des Personalamts im Kriegsministerium.

Ab Berlin, 11. Dezember. Bei dem heutigen Einzug der deutschen Jagdabteilung, die aus Truppen aller deutschen Stämme gebildet ist, hielt der Volksbeauftragte Hugo Haase am Brandenburger Tor eine Ansprache, in der er u. a. sagte: „Dieses hat Euch nur Jerschiller vom Sozialismus entworfen worden und von den Männern, die für seine Verwirklichung gekämpft haben. Die Wahrheit vermag nur eine sozialistische Gesellschaftskolonisation der Völker auszuwählen und damit ein für alle Mal einen Krieg unmöglich zu machen. Wer wollte nach den furchtbaren Erfahrungen dieses Krieges, daß noch einmal Brüder gegen Brüder die Waffen gegeneinander erheben? Auf dem Trümmerhaufen, den der Krieg juristisch gelassen hat, eine Welt geordneten Zusammenlebens ohne Ausbeutung der Menschheit, ohne Klassen und ohne Unterdrückung zu schaffen, das ist die Aufgabe der sozialistischen Republik. Von Euch, Soldaten, wird es wesentlich abhängen, ob diese Bewegung, die glücklicherweise einsetzt, erfolgreich verläuft. Nicht mehr dürfen die dunklen Mächte der Vergangenheit das Aufwachen der Menschheit zu verhindern. Unser heiliger Wunsch gilt der Freiheit und Brüderlichkeit.“

Wilson kündigt die deutschen Gefangenen.

Nach einer Funkmeldung von Nord des „George Washington“ hat Wilson die Aufforderung Oberst und General zu einem Besuche in Deutschland mit der Erklärung aufgenommen, das deutsche Volk müsse jahrelang Ruhe haben und seine Verbrechen vergessen, ehe ein Amerikaner werde denken können, nach Deutschland zu reisen. Er sei denn, daß er dazu gezwungen sei. — Am 27. November hatte der „Berliner Volkszeitung“ zu berichten gemacht, einflussreiche Kreise aus der Regierung hätten dahin gewirkt, daß aus von deutscher Seite eine Einladung an Wilson gerichtet werden möge, Deutschland oder einen deutschen Anwalt zu besuchen. Jetzt erfahren wir, daß die Herren Oberst und General kurzlich genug waren, sich einer Abfuhr auszulassen.

Die Lösungsbestrebungen.

in der deutsche Volk.

Ab Berlin, 11. Dezember. Am 4. Dezember 1918 forderten in zwei Versammlungen in Köln unter Führung ehemaliger Zentrumspartei, die „anerkannten“ Vertreter des Volksmüllers aller Parteien im Rheinland, in Westfalen und in anderen Ländern am Rhein auf, die Broschurierung einer dem Deutschen Reich angehörigen selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten. Die unterzeichneten Volksbeauftragten haben es demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung oder Selbständigmachung ehemaliger Teile des Reichs oder Bruchens vom Gesamtgebiet ist, sondern die fruchtvolle Zusammenfassung und die Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und vollständig regelt. Wie diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einzusetzende deutsche Nationalversammlung und die von ihr festzusetzende Reichsverfassung entschieden werden. Dabei wird auch das künftige Schicksal des preussischen Ostpreußen einfließen bestimmt werden. Die Neuregelung dieses Ostpreußen dürfte durchaus im Gange der wahrheitsgemäßen Erwägung liegen. Hierbei verfassungsmäßig mitzuwirken, sind diejenigen „anerkannten“ Vertreter des Volksmüllers, die auch im Rheinland und Westfalen unter dem freiesten Wahlrecht der Volk Nationalversammlung entsendet werden. Auf das entscheidende aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zutage traten. Die Einheitlichkeit des Reichs wird nicht „gewahrt“, sondern gefährdet durch die völlig grund- und heimischen Bestrebungen, es bestünde die „schlechte Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen“; vielmehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höchsten Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Übergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen. Die Volksbeauftragten sind deshalb bereit, daß auch im Rheinland und in Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten deutschen Reichs und ihrer provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Zersplitterungsversuche, offener und verdeckter Art, zu vereinigen und dementsprechend zu handeln.

Berlin, 11. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten:

Ebert, Haase, Landberg, Barth, Dittmann, Schelbmann, Dr. Preuß, Staatssekretär.

Die rheinisch-westfälische Republik.

Ab Düsseldorf, 10. Dezember. Die fortgesetzte in Berlin im November wiederholte Behauptung, die rheinisch-westfälische Provinz erkläre sich als kapitalistische Gründe die Errichtung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik, veranlaßt die Düsseldorf-Großindustrie zu folgender Erklärung: „Die heute abend versammelten Vertreter der Düsseldorf-Großindustrie erklären einstimmig, daß sie niemals den Gedanken zugehen haben noch erwidern werden, die Schaffung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik zu befürworten. Sie halten am Deutschen Reich fest und inhieltigen alle auf eine Teilung Deutschlands in einzelne Republiken hinzielenden Bestrebungen. Nach Beendigung mit einer großen Anzahl von Zersplitterungen der Großindustrie des Rheinlands und Westfalens sind wir zur Festlegung der Lasten berechtigt, daß auch diese beiden Standpunkte vertreten und niemals mit einer solchen oder

ähnlichen Anregung hervorgerufen sind, so daß die in der Presse und in Versammlungen immer wiederholende Behauptung in nichts zusammenfällt. Ebenso unbegründet und sinnlos ist das Gerücht, daß die Großindustrie des Westens die Befreiung ihres Gebietes durch feindliche Truppen beabsichtigt. Auch diese Behauptung ist gänzlich erfunden. Die vorstehend behandelten Punkte zur Herstellung Deutschlands zeigen, wie dringend notwendig es ist, die Nationalversammlung in allerhöchster Zeit einzuberufen, da jeder Tag der Verzögerung die politische Zersplitterung fördert und außerdem den wirtschaftlichen Zusammenbruch befördert. Die Industrie des Rheinlands und Westfalens muß daher auch von diesem Gesichtspunkt aus schnellste Einberufung der Nationalversammlung dringend fordern.“

Eine Trennung Badens?

Karlsruhe. Der „Badische Landeszeitung“ wird aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß sich im nördlichen Teil Badens Bestrebungen bemerkbar machen, die auf nichts Geringeres hinauslaufen, als auf eine Zersplitterung des durch die Verfassung im Jahre 1818 festgelegten Grundrisses der Unverletzlichkeit und Unveränderlichkeit Badens in allen seinen Teilen. Es handelt sich um die Abtrennung des ehemals kurpfälzischen Gebietes des Oberrheins. Wie dem genannten Blatt auf das Bestimmteste versichert wird, sollen die Kräfte am Werk sein, die sich um eine Wiedervereinigung aller ehemaligen Gebiete der Kurpfalz bemühen. Ein Bürgermeister einer Mittelstadt soll dieser Aufgabe mit besonderem Eifer durch Anfertigung und Verbreitung von Rundschreiben sich gewidmet haben. Auch wurde schon Mannheim als Hauptstadt der neuen Republik genannt. Vom heutigen Baden gehörten damals (13. bis 1777) zur Kurpfalz unter anderem: Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen, Berg, Eberbach, Rosbach, Sinheim, Weinarten und Breiten. Die Landeszeitung fordert am Schluß ihrer Mitteilung die badische Regierung auf, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen solche Unruhe Front zu machen.

Die Durchführung des Waffenstillstandes.

Köln. In der Sitzung des Arbeiterrates machte Oberbürgermeister Ostermann folgende Mitteilungen: Nach den Erfahrungen der amerikanischen Kommission bleibt der Verkehr zwischen den beiden Rheinländern unbehindert. Das bürgerliche Leben erlitt keine Einflüsse. Politische Versammlungen usw. werden gehalten, wenn die Bevölkerung den Weisungen der Kommandanten nachkommt. Requisitionen wird die amerikanische Armee nur vornehmen, wenn der Nachschub gefährdet wird.

Ab. Die Ortschaft ist nach westeuropäischer Zeit eine Stunde zurückgestellt worden. Hier liegen jetzt die 8. und die 29. englische Division und eine Kavalleriedivision, insgesamt 32.000 Mann.

Ab. Unter den Anordnungen des Oberbefehlshabers der britischen Armee befindet sich folgende: Jede militärische Person hat britischen Offizieren gegenüber und beim Spielen der britischen Nationalhymne eine Ehrenbezeugung zu erweisen; Zivilisten haben den Hut abzunehmen und Personen in Uniform führen die übliche Ehrenbezeugung aus. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Nichtbefolgung dieser Anordnung strafbar ist.

Das Requisitionsgesetz. Von gegenseitiger Verhandlung wurde der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa gegenüber klar ausgedrückt, daß das Requisitionsgesetz der Befehlstruppen im besetzten deutschen Gebiet sich lediglich auf Gegenstände bezieht, die für den inneren Bedarf der Befehlstruppen erforderlich sind, und daß solche Requisitionen durch Vermittlung der deutschen Lokalbehörden erfolgen sollen.

Eine Polizeitruppe für Frankfurt a. M.

Ab Frankfurt a. M., 12. Dezember. Nach den Waffenstillstandsbedingungen ist eine sogenannte „Polizeitruppe“ für Frankfurt a. M. vorgesehen. Demgemäß wird heute (Donnerstag) das Inf.-Regt. 171 (115. Division) in der Stärke von ungefähr 1200 Mann in dieser Stadt ein. Das Regiment bleibt bis zum Eintreffen des Inf.-Regts. 81, das nach erfolgter Demobilisation in etwa 8 bis 10 Tagen wieder in die alte Garnison zurückkehren wird. Die Truppen haben lediglich Wappenaussagen an den Bahnhöfen, durchlaufenden Straßen- und Wasserwegen, ferner Sicherung der wichtigsten Telegraphen- und Fernsprechanlagen zu verrichten, sowie Sorge für Ruhe und Ordnung zu tragen. Der politische Sicherheitsdienst bleibt nach wie vor, wie er bisher organisiert war, bestehen. Soweit die Truppen zu den politischen Aufgaben herangezogen werden, erhalten sie Direktiven durch den Polizeipräsidenten. Nach einer vorläufigen Ausrufung, die heute mit dem ersten Generalstabsoffizier der 115. Division im besetzten Polizeipräsidium stattgefunden hat, soll die Truppe den politischen Sicherheitsdienst insoweit übernehmen, als die Bewachung aller Lebensmittel, Vergnügungs- und Belustigungsstellen in Frankfurt a. M. in Betracht kommt und außergewöhnliche Sicherheitsbedürfnisse auftreten.

Der erste Generalstabsoffizier hat ausdrücklich die Erklärung abgegeben, daß das gesamte Militärkorps mit der ganzen Truppe auf dem Boden der Reichsregierung Ebert-Haase steht und jedem konträrevolutionären Versuch entgegengetreten wird.

Widerprüchliche Artikel fremder Beobachter.

Die Hauptagentur behauptet, in der preussischen Rheinprovinz würden die Befehlstruppen sehr unterwürfig empfangen, wünschenswert, um den Siegler für sich einzunehmen und Erleichterungen von ihm zu erlangen. Nichts ist weniger die Trifflare Kaitern und in einem Hotel habe eine Hauertrapelle sogar den bekannten Reichs-Sambre et Meuse gespielt. — Im Gegensatz zu diesen Behauptungen steht der „Oxythion“ in einem Fachener Bericht seines Sonderberichterstatters bei der britischen Armee fest, daß die deutsche Bevölkerung wohl der ihr auferlegten Kräftepflicht nachkomme, jedoch durchaus feindlichen Blickes. Gelegentlich habe der Berichterstatter den Eindruck gewonnen, daß die Bevölkerung noch immer nicht verstanden, warum sie befreit worden sei. Um ihre eigenen Gedanken in den Kopf zu hämmern, sei es notwendig, ihr das ganze Gewicht der Kraft des Verbandes zu zeigen. Auch die Mitteilungen des Berichterstatters über die vorgeschlagenen Ernährungsverhältnisse stehen im vollkommenen Widerspruch mit den längsten Behauptungen der Verbandspresse, daß der deutsche Reichsrat über die Befreiung einer Hungersnot nicht den Tschakel über die Befreiung der „Kaiserin“ hebt hervor, daß er überall nur Erleichterung anstelle der natürlichen Produkte gefunden habe, selbst in den ersten Wäldern. Höchstens Gemüse sei noch ausreichend anzutreffen.

Nachrichtungen Polen und Schlesiens?

Nach einem Sonderbericht aus Amsterdam sind die polnisch-amerikanischen Divisionen unter dem Befehl des Generals Halder nach Danzig abgereist, von wo sie sich nach Danzig einschiffen werden.

Sie werden die Provinzen Polen und Schlesiens befreien und ihr Hauptquartier in Bosen aufschlagen. — Die „F. Z.“ bemerkt dazu: Diese Behauptung, die schwere Verantwortung hervorgerufen muß, klingt tatsächlich kaum glaublich. Denn es ist klar, daß die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, die für den Osten die Einhaltung der Reichsgrenze festlegen, glatt zumiderläuft. Aufführung und nötigenfalls schärfster entschiedener Protest der Reichsregierung ist dringend geboten.

Die Entente und die U- und S.-Räte.

Mit einem Ultimatum der Alliierten, die in Deutschland während der Revolution erschienenen Arbeiter- und Soldatenräte aufzulösen, rechnet der „Vorwärts“, indem er schreibt:

„Wir haben bereits berichtet, daß die Entente ein neues Ultimatum an Deutschland vorzubereiten scheint, um die sofortige Wiederherstellung geordneter Ruhe und Ordnung zu erlangen. Dieser Schrein wird sehr deutlich und fast zur Gewissheit. Wie der „Temps“ berichtet, liegt eine Note der Alliierten an Deutschland auf eine sofortige Auflösung der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte der Vorkriegs-Konferenz zur Befehlshaltung vor. Die Note, die nach Wilsons Antwort abgefaßt werden soll, stellt eine vierwöchige Frist zur Wiederherstellung der rechtsmäßigen Behörden, nach deren Ablauf die Alliierten selbst die Befehlshaltung des Bolschewismus in Deutschland in die Hand nehmen würden. Da zu liegen weitere Londoner Redaktionen vor, die die Wahrscheinlichkeit dieser Bewegung zeigen. Auch soll mit der Leitung der militärischen Maßnahmen gegen Deutschland betraut werden. Die Zusammenziehung der Truppen an der deutschen Grenze dauert fort. Auch die von uns gemeldete Anmarsch von 32.000 Engländern in Köln muß damit in Zusammenhang gebracht werden. Die „Times“ schreibt, daß ein Sieg der Biebrichgruppe für die Alliierten die Aufforderung sei, in Deutschland einzumarschieren, um dort die Ordnung herzustellen.“

Kleine Mitteilungen.

Berlin. Das preussische Staatsministerium hat mit Mehrheit beschlossen, das Neujahrsestern am 1. Januar abzuleben. Es ist möglich, daß die Feier auf den 1. Mai verlegt wird.

Ein Reichsjustizminister des Grafen Hertling. Der ehemalige Reichsjustizminister Graf Hertling, der schon seit längerer Zeit seinen Wohnsitz in München hat, geht in den nächsten Tagen mit einer ausführlichen Rechtfertigungsschrift seiner Politik vor die Öffentlichkeit zu treten.

Berlin. Die wegen angeblichen Hochverrats verhafteten Großindustriellen August Thullen, Fritz Thullen, Edward Stinnes, Direktoren Herle, Becker, Birn, Kommerzienrat Rüben und Kessler sind auf Anordnung des preussischen Ministeriums des Inneren sämtlich freigelassen worden. Der Keller, der das Gespräch beauftragt haben wollte und dessen Aussagen sehr belasteten, erscheint nicht als unbedeutend glaubwürdig. Der Witz des Satols, in dem die Zusammenkunft stattgefunden haben sollte, hat bekannt, daß bei ihm eine derartige Konferenz überhaupt nicht stattgefunden habe.

Aufstellung eines Freiwilligenheeres. Innerhalb der Regierung sollen ernsthafte Erwägungen stehen, ein Volksheer aufzustellen und zwar auf Grund des Prinzips der Freiwilligkeit.

König Wilhelm von Württemberg hat aus Anlaß seines ausgerechneten Thronjubiläums den Namen und Titel seines Herzogs von Württemberg angenommen.

Übernahme Sozialisierung. Der Beizime Kommerzienrat August Bente in Braunsberg hatte seinen Großbetrieb wirtsch. Sozialisierung der Arbeiterkraft zur Verfügung gestellt. Nach einer Mitteilung der „Danz. Ztg.“ haben nunmehr die Arbeiter beschlossen, dieses Angebot abzulehnen, weil sie eine herabsetzende Konjunktur befürchten und es für besser halten, wenn das Unternehmen in seiner alten Hand bleibt.

Zur Gegenrechnung. In der „Daily News“ wird der Rat erteilt, bei der Suche nach den Schuldigen nicht die Würder des Erbprinzen Franz Ferdinand und ihre Hintermänner zu verfechten. Es sei viel wichtiger, festzustellen, wer den ersten Funken entzündet, als wer später in die Flamme geblasen habe.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Biebrich, den 12. Dezember 1918.

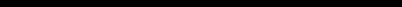
Wegen der Gaspreise müssen Betriebe, städtische Bauunternehmungen und sonstige Auftragsarbeiten möglichst frühzeitig, am besten tags zuvor bis 6 Uhr nachm. (Geschäftszeit) aufgegeben werden, wenn sie in der nächstfolgenden Nummer Aufnahme finden sollen. Spätere Zulassungen müssen, abgesehen von dringenden Fällen, zurückgestellt werden.

* Unteroffizier Hans Schwaibach im Leibgarde-Inf.-Regt. Nr. 115 wurde zum Bizeleubach befördert.

* Unfall. In einem hiesigen Sägewerksbetriebe ist ein Arbeiter dadurch zu Unfall gekommen, daß an der Holzgatterplatte ein Drahtseil riss und infolge des hierdurch entstandenen Ruckes abzuschie und ihm ein Glied eines Fingers der linken Hand abgequert wurde. — Ein Angehöriger des hiesigen Komwerts zog sich dadurch eine schlimme Verletzung einer Hand zu, daß ihm ein Holzspan in einen Finger drang und dieser hierdurch stark entzündet und vereitert ist.

* Unhold. Am 10. d. Mts. nach 10 Uhr abends kam eine Frau mit der Straßenbahn von Wiesbaden an und wollte von der Haltestelle Thelemannstraße nach ihrer im südlichen Stadtteil gelegenen Wohnung begeben. In der Kaiserstraße gewahrte sie, daß ihr ein unbekannter Mann in Militäruniform folgte. Beim Aufsteigen der Haustür verlangte der Unbekannte die Frau in die Türräume zu drücken. An weiteren Tätlichkeiten wurde er aber durch energische Gegenwehr und laute Hilferufe, durch welche Nachbarn aufmerksamer wurden, verhindert. Hierdurch es sich nicht um Ausführung eines Raubs, sondern um ein Unflugsatellat gehandelt haben.

* Eltern achtet mehr auf Euer Kinder. Wieder müssen wir Eltern Mahnruf bringen, denn in letzter Zeit handelt es sich um die Unflut, daß die Schuljugend mit Feuerwerkstörnern allerhand Unfug treibt. Indem wir gleichzeitig darauf hinweisen, daß nicht allein der Verkauf von Feuerwerkstörnern verboten ist, sondern auch durch die feindlichen Ortskommandanten derartige Knallerien usw. durch Schallfächer, den Eltern der Kinder sehr hohe Strafen eintragen und der Gesamtbevölkerung der Stadt viel ausgelassen werden können, rufen wir zu wiederholtem Male alle Bürger und Bürgerinnen auf, diesem Unfug zu steuern. Die Polizeibeamten und die Mitglieder des Sicherheitsdienstes haben übrigens Anweisung, jede Übertretung in dieser Hinsicht zur Anzeige zu bringen. Die Verkäufer von Feuerwerkstörnern haben ebenfalls schärfste Befehl zu gewärtigen.



Konsum-Verein Biebrich und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Uffiven.

Bilanz am 31. August 1918.

Paffiven.

1. Betriebswerte.	24.	25.	1. Eigene Mittel.	26.	27.
Inventar	3.000,00		Kassafonds	28.682,43	
Warenbestand	35.100,10	35.100,10	Grundstüdfonds	16.000,00	
			Dispositionsfonds	5.104,00	
2. Angedachte Werte.			Vorschußweise ausgezahlt	280,80	4.817,20
Teiligung d. G. G. Hamburg	11.401,25		Esterbette	2.455,00	
Teiligung d. G. G. Hamburg	1.121,02		Schuldentilgungen der Mitglieder	97.982,85	112.887,50
Teiligung d. G. G. Hamburg	8.096,63	30.553,92			
3. Verfügbare Werte.			2. Ausgenommen Mittel.		
Kassenbestand	9.888,30		Einsparungen	35.881,77	
Kassenbestand d. G. G. Hamburg	126.962,70		Einsparungen	386,50	
Kassenbestand d. G. G. Hamburg	9.810,63		Kautions	3.182,80	39.451,07
Kassenbestand d. G. G. Hamburg	11.492,24	100.153,87			
4. Mahenstände.			3. Verbindlichkeiten.		
Für Mahen	897,91		Guthaben früherer Mitglieder	2.801,52	
Für Mahen	1.047,89	1.945,80	Kontokorrentguthaben der Mitglieder	36.469,67	
			Zu Mahen d. G. G.	200,00	36.247,67
			Lieferantenfchulden	16.918,56	53.967,75
					216.389,50
					5.406,89
					220.778,19
Summe		220.778,19			

Debet.

Verlust- und Ueberfchuß-Rechnung von 1917/18.

Kredit.

	28.	29.		30.	31.
Inventar-Abfchreibung	2.000,00		Warenbruttoüberfchuß	91.211,24	
Infaffen	41.135,78		Warenkosten	12,00	
Uebert und Lohn	19.721,51		Disfont	5.582,82	
Uebert	5.406,89		Infaffenüberfchuß	6.850,15	
	98.647,21			98.627,21	

Mitglieder-Bewegung.

Bestand am 1. September 1917	3271 Mitglieder
Eingetreten 1917/18	233
	3504 Mitglieder
Ausgetreten 1917/18	72
infolge Kündigung	25
infolge Tod	97
Bestand am 31. August 1918	3432 Mitglieder

Mitglieder-Guthaben.

Bestand am 1. September 1917	70.834,65 Mark
Bestand am 31. August 1918	67.982,85
Vermehrung des Guthabens	8.129,20 Mark
Mitglieder-Summe.	
Guthumme am 1. September 1917	130.840,00 Mark
am 31. August 1918	135.280,00
Vermehrung der Guthumme	5.440,00 Mark

Konsum-Verein Biebrich und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Johann Kilian. Erhalten Gommann.

Vorliegende Bilanz und Jahresrechnung geprüft und mit der Inventur und den Geschäftsbüchern übereinstimmend und richtig befunden.
Biebrich a. Rh., den 8. November 1918.
Der Aufsichtsrat:
Hauptverfasser: Johann Kilian, Karl Wroger, H. Debusmann, J. Meier, W. Maier, W. Meierbach

Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu der am 22. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr in der Allen Turnhalle stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

ergerben ein.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1917 bis 30. September 1918 a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrats;
2. Vorlage der Jahresrechnung und Bilanz pro 30. September 1918, Genehmigung derselben und Entlastung des Vorstandes;
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns;
4. Neu- und Ergänzungswahl der statutenmäßig ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsrats-Mitglieder.
5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Jahres-Rechnung und Bilanz liegen bis zur Generalversammlung in unserer Verkaufsstelle offen.

Biebrich, den 12. Dezember 1918.

Beamten- und Bürger-Konsumverein
für Biebrich u. Umgegend c. o. m. b. h.

Für den Aufsichtsrat: Kieder.

Was will die deutsche Volkspartei?

Sie verlangt:

- Schnelle Einberufung einer Verfassungs- und gesetzgebenden Nationalversammlung.
- Schaffung eines einigen deutschen Volksstaates auf national-demokratischer Grundlage.
- Wiederaufbau unseres gesamten Wirtschaftslebens auf dem Prinzip des freien Wettbewerbs, aber unter Befestigung aller Auswüchse.
- Eine freie Bauernschaft auf eigener Scholle und Wiederaufrichtung des Mittelstandes.
- Ausbau der Sozialpolitik in allen Ländern.
- Gerechte Besteuerung unter starker Heranziehung des Besitzes durch Vermögensabgabe und Erlassung der Kriegsgewinne.
- Sofortige kraftvolle Maßnahmen der Regierung, die, getragen von dem Mehrheitswillen des Volkes, Ordnung schaffen im deutschen Lande, unverantwortliche Einfälle zurückweisen und den wahnwichtigen Terror einer kleinen Minderheit niederhalten. Nur dann besteht Aussicht auf

Frieden und Brot.

2-Zimmerwohnung gegen Hausarbeit

bei einer älteren Dame zu vermieten. Müller und Tochter oder hinführende als Ehe bevorzugt. Zu erfragen Rheinstraße 7.

Im Einrahmen von Bildern

aller Art, von Weinachts-Geschenken empfiehlt sich bei schnellster Bedienung

L. Kußel,

Papier- und Schreibwaren, Schulstraße 19.

Pelzen

werden nach den neuesten Moden schnell ausgearbeitet.

Jenny Matter,

Damenputz, Wiesbaden, Biebricher Straße 11. Telefon 3927.

Von heute ab:

Prima Federarbeiten bei schneller Lieferung. Preisermäßigung (auch mitgebrachte Federarbeiten).

Für Neuankunft sowie Umändern

empfiehlt sich R. Reinhardt, Herrenschneider, Wiesbaden, Biebricher Straße 29.

Knabenschuhe

(Str. 35, Friedemannstr.) hat neu, gegen Mehl zu tauschen. Dasselbe Futterwäschchen zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle.

Zu verkaufen:

1 Bettstelle, 1 Federbett, 1 Kleidergekleid, 1 Koffer, 1 Röhrenband, 1 Reihbett mit Zinzel und Schienen, 1 Couch-lagefalten, 1 neuer Anzug und Hut, 1 Ueberzieher (14-16 J.) Näheres in der Geschäftsstelle.

Zu verkaufen:

verschiedene Herrenschneider, darunter Schuhe 12-13, eine ge-ladene Herrenschneider (neu), eine Winterkappe 3. runterklappen (fast neu). Näheres in der Geschäftsstelle.

Wäsche zum Waschen und Waschen

Näheres in der Geschäftsstelle.

Mädchen

gegen hohen Lohn für sofort gel. Näheres in der Geschäftsstelle.

Ein junges, sauberes Mädchen

ge-lucht. Näheres in der Geschäftsstelle.

Christliche Frau od. Mädchen

für 2 Stunden vorm. zu älterer Dame ge-lucht. Näheres in der Geschäftsstelle.

Nonatmädchen

oder Frau ge-lucht. Näheres in der Geschäftsstelle.

Saubere Frau!

für Putzarbeiten und Samstagsvormittags je 1 Stunde ge-lucht. Näheres in der Geschäftsstelle.

Ordnliches, sauberes Hausmädchen

für leichte Arb. sol. ge-lucht. Näheres in der Geschäftsstelle.

Frau

für nachmittags 2 Stunden ge-lucht. Näheres in der Geschäftsstelle.

Junges ordentliches Mädchen

für vormittags ge-lucht. Näheres in der Geschäftsstelle.

Gesucht

um 1. Januar ein zuverlässiges Alleinmädchen

welches in Hausarbeit und in der bürgerlichen Küche etwas Erfahrung hat.

Schneider,

Biebricher Straße 6, 1.

Mädchen

von 22 Jahren, in allen Hausarbeiten erfahren, sucht sofort Arbeit. Näheres in der Geschäftsstelle.

Frisen

nimmt nach Kunden an. Näheres in der Geschäftsstelle.

Sticken u. Ausbessern

für halbe und ganze Tage. Näheres in der Geschäftsstelle.

Säusel-Maschine

zu verkaufen. Endgasse 8.

Schöne 2-Zimmer-Wohnung (evtl. auch nur 1-Zimmer-Wohnung) sofort oder später zu mieten ge-lucht.

Näheres, Gasse 33.

Für Biebrich zuverlässige Zeitungsträgerin ge-lucht. Zu mieten. Näheres, Gasse 12.

Waschmaschine und Herrenhut zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle.